

Konrad Raiser

Berlin, September 2004

### **Reformatorischer Auftrag in einer neuen Weltordnung**

Vortrag am 28. September beim Deutschen Pfarrertag in Magdeburg

Die Rede von einer neuen Weltordnung hat heute Konjunktur in der öffentlichen Diskussion. Manche sprechen emphatisch und geradezu euphorisch davon, dass sich die neue Weltordnung herausbilde und fordern dazu auf, sich auf die ungeahnten Möglichkeiten, welche die Globalisierung immer weiterer Lebensbereiche eröffnet, einzulassen. Andere meinen, dass sich ein Paradigmenwechsel abzeichne von der Staatenwelt zur Gesellschaftswelt, als dessen Konsequenz alle bisherigen Ordnungsstrukturen sich verändern würden. Viele Menschen freilich haben Zweifel oder auch Angst angesichts der sich abzeichnenden Veränderungen. Sie sehen eher ein ständiges Anwachsen von Unordnung und Unsicherheit in der Welt und fühlen sich ohnmächtig ausgeliefert an Kräfte, die scheinbar alle bisher tragenden Ordnungen aushöhlen.

Diese unterschiedlichen Perspektiven, die natürlich stärker differenziert werden müssten, finden sich auch unter den Kirchen und ihren Mitgliedern. Es ist daher zu begrüßen, dass der Deutsche Pfarrertag mit der Frage nach dem reformatorischen Auftrag in einer neuen Weltordnung die Initiative zum Nachdenken und zur Diskussion ergreift. Das Thema spricht von „einer“ neuen Weltordnung und legt sich damit noch nicht fest hinsichtlich der Frage, ob es diese neue Ordnung schon gibt, was daran als „neu“ anzusehen ist und aus welcher der verschiedenen Perspektiven die Diskussion geführt werden soll. Jedenfalls soll wohl keine der Positionen einfach unbesehen als gültig übernommen und vorausgesetzt werden. Bei der Frage nach dem reformatorischen Auftrag in dieser unübersichtlichen Situation geht es daher wohl zuerst um die Aufgabe, die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen und dann um den Versuch, sie reformatorisch im Licht des Evangeliums zu deuten, um daraus Wegweisung für kirchliches Reden und Handeln zu gewinnen. Damit ist bereits eine grobe Gliederung der Überlegungen angedeutet, die ich Ihnen heute vortragen möchte.

#### I

Viele Analysen der heutigen Weltsituation setzen an bei dem historischen Umbruch, der sich mit dem Zerfall des kommunistischen Herrschaftssystems vollzogen hat. Das Ende des Kalten Krieges und die Überwindung der Blockkonfrontation, die fast vierzig Jahre lang die Geschicke eines großen Teils der Weltbevölkerung bestimmt haben, hat in der Tat eine neue Situation geschaffen. Es gab in den ersten Jahren nach der so genannten „Wende“ die Hoffnung auf eine Friedensdividende, auf Umlenkung der gewaltigen Rüstungsinvestitionen auf friedliche Aufgaben, insbesondere im Feld der Entwicklungszusammenarbeit. Der damalige amerikanische Präsident sprach von einer „neuen internationalen Ordnung“, die nun geschaffen werden könne. Viele Erwartungen richteten sich auf die Stärkung der Vereinten Nationen, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Gerüst für eine neue Weltordnung geschaffen worden waren.

Diese Erwartungen haben sich zumindest als voreilig erwiesen. Der erste Golfkrieg im Jahr 2001 gab einen Vorgeschmack davon, wie sich die Vereinigten Staaten als die einzig verbliebene Supermacht die neue Weltordnung vorstellten. Vor allem aber

hat sich seither der Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung in rasantem Tempo durchgesetzt und ist dabei, viele der alten Ordnungsstrukturen beiseite zu schieben. Was heute als „Globalisierung“ bezeichnet wird, stellt einen komplexen Prozess von geistigen, kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Veränderungen dar, die an dieser Stelle nicht ausführlich analysiert werden können. Wie alle Prozesse geschichtlicher Veränderungen verläuft auch die Globalisierung nicht einfach eigengesetzlich auf ein vorgegebenes Ziel zu; vielmehr verlangt sie nach politischer und gesellschaftlicher Gestaltung. Die wirtschaftliche Globalisierung macht sich diese historische Dynamik zu nutze und verstärkt sie mit dem klaren Ziel, die Chancen eines weltweiten Marktes für Konsum, Produktion und vor allem Kapitalvermehrung uneingeschränkt auszunutzen, In zunehmendem Maß bestimmen die Renditeforderungen der Großanleger die Entscheidungen von Wirtschaftsunternehmen und ebenso der Regierungen. Es sind vor allem die Auswirkungen dieser Entwicklung, die Menschen zweifeln lassen oder sogar Angst machen im Blick auf die „neue Weltordnung“.

Freilich, so sehr die öffentliche Diskussion über die Globalisierung von den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen bestimmt wird, so falsch wäre es, die Diskussion über eine neue Weltordnung auf diese kritischen Perspektiven zu verengen. Vor allem die großen Konferenzen unter UN Mandat vom Erdgipfel in Rio de Janeiro (1992), über die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo (1994), den Weltsozialgipfel in Kopenhagen (1995), bis hin zur Menschenrechtskonferenz in Wien und schließlich der Sondervollversammlung der Vereinten Nationen im Millenniumsjahr haben alle mit ihren Schlusserklärungen und Aktionsprogrammen versucht, den Aufbau einer neuen Weltordnung konstruktiv voranzubringen. Viele der komplizierten Detailfragen des „Weltregierens“ (global governance) sind Gegenstand der Beratungen von internationalen Expertenkommissionen gewesen, deren Berichte in die Arbeit der Vereinten Nationen eingegangen sind. Es gibt inzwischen einen weitgehenden Konsens, dass die Überwindung von Armut und der Schutz der natürlichen Lebenswelt zu den entscheidenden Herausforderungen auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung gehören. Das Ziel einer „nachhaltigen Entwicklung“ ist in den im Jahr 2000 von der Sondervollversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Millenniums-Entwicklungszielen in verbindlicher Weise festgelegt und mit Zustimmung der Staats- und Regierungschefs verkündet worden. Es ist freilich keineswegs sicher, dass diese Ziele, insbesondere die Halbierung der extremen Armut in der Welt, bis zum Jahr 2015 erreicht werden können.

Spätestens seit dem 11. September 2001 ist jedoch die ganze bisherige Diskussion über eine neue Weltordnung überlagert worden vom Problem des Terrorismus. Der Anschläge auf New York und Washington haben der terroristischen Bedrohung eine neue Qualität verliehen und vor allem deutlich gemacht, dass es inzwischen eine globale Vernetzung terroristischer Aktivitäten gibt, welche die traditionelle Ordnung der Staatenwelt als brüchig und verwundbar erweist. Die terroristische Gewalt setzt sich über diese Ordnung hinweg und stellt eine elementare Bedrohung der Sicherheit, nicht allein von Staaten sondern des Lebensrechts der Menschen dar. Bislang haben sich die Staaten noch nicht auf eine einverständliche Definition des Terrorismus einigen können und sind daher auch nicht zu koordinierten Reaktionen auf diese Bedrohung in der Lage. Die Interpretation des internationalen Terrorismus als „Kriegserklärung an die menschliche Zivilisation“ und die Reaktion darauf im Sinne des „Krieges gegen den Terrorismus“ mit den bekannten Konsequenzen setzen sich freilich ihrerseits ebenfalls über die gegenwärtige Ordnung hinweg und

stellen einen Rückfall in die Kategorien der konfrontativen Machtpolitik dar, die bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts das internationale System charakterisiert hat. Das Postulat eines Rechtes zu unilateraler, präventiver Intervention im Interesse der Sicherheit lässt sich jedenfalls mit Geist und Buchstaben der Charta der Vereinten Nationen nicht vereinbaren und ersetzt die Stärke des Rechts durch das Recht des Stärkeren.

Nicht erst durch die neueren Terrorakte mit islamistischem Hintergrund, sondern schon im Zusammenhang mit vielen der Konflikte in zerfallenden Staaten, wie z.B. im ehemaligen Jugoslawien, sind religiöse Gegensätze zu einem wichtigen und politisch wirksamen Faktor in den gegenwärtigen Veränderungsprozessen geworden. Manche Beobachter, wie etwa der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington, gehen davon aus, dass wir uns auf einen „Kampf der Kulturen“ zu bewegen, bei dem die großen Religionen als entscheidende Prägefaktoren für die Kulturen verstanden werden. Für ein säkulares Verständnis von Staat, Gesellschaft und Politik stellt dies eine unerwartete Herausforderung dar. Alle großen politischen Ideologien im Spektrum zwischen Liberalismus und Kommunismus hatten die Religionen in die Privatsphäre verbannt und ihnen eine öffentliche Rolle abgesprochen. Dass Religionen einen öffentlichen und sogar politischen Machtfaktor darstellen können, der daher bei der Suche nach einer neuen Weltordnung berücksichtigt werden muss, hatte im gängigen politischen Weltbild keinen Raum. Das Projekt „Weltethos“ von Hans Küng, das ausgeht von der These: „Kein Weltfrieden ohne Frieden zwischen den Religionen“, versucht auf diese neue Situation zu antworten und die Religionen nicht bei ihren Gegensätzen sondern bei den ihnen allen gemeinsamen ethischen Grundwerten zu behaften und so die Suche nach einer neuen Weltordnung auf das Fundament einer verbindlichen moralischen Grundlage zu stellen. Jedenfalls ist die Bedeutung des interreligiösen Dialogs, besonders des Dialogs mit dem Islam, in den letzten Jahren sprunghaft gewachsen. Die Erwartung freilich, dass der interreligiöse Dialog die aktuellen politischen Konflikte, besonders im Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus, lösen könne, ist unrealistisch. Aber er kann der Raum bereiten und absichern, innerhalb dessen dann auch politische Lösungen möglich werden. Und jede künftige Weltordnung muss mit dem verstärkten Einfluss der Religionen auf die Gestaltung der menschlichen Lebenswelt, einschließlich von Wirtschaft und Politik rechnen.

## II

Vergleicht man diesen skizzenhaften Versuch, die „Zeichen der Zeit“ zu benennen mit der großen Pastoralenzyklika des 2. Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute (*Gaudium et Spes*), dann wird deutlich, wie stark sich die Situation verändert hat. Wir mögen es zwar noch nicht mit einer „neuen Weltordnung“ zu tun haben; aber die Herausforderungen für eine Weltordnung haben sich gewandelt. Sind die reformatorischen Kirchen vorbereitet, darauf zu antworten?

Seit ihren Anfängen sind die reformatorischen Kirchen die entscheidenden Träger der ökumenischen Bewegung gewesen. Durch ihre Beteiligung an der ökumenischen Bewegung sind sie über ihre traditionelle nationalstaatliche Begrenzung hinausgeführt worden und haben die weltweite Gemeinschaft der christlichen Kirchen und ihre gemeinsame Weltverantwortung neu als Aufgabe ergriffen. In den frühen ideologischen Auseinandersetzungen zwischen dem Liberalismus westlicher Prägung und dem Kommunismus haben sie das Leitbild einer „verantwortlichen

Gesellschaft“ als Maßstab für ihre öffentliche Rolle ergriffen. Sie teilten die Überzeugung der Pioniergeneration, dass das christliche Ethos die privilegierte Grundlage für eine tragfähige internationale Ordnung sei. Sie haben sich in den siebziger und achtziger Jahren entschieden für die Aufgaben der Weltentwicklung engagiert, und sie haben mittlerweile auch ihr anfängliches Zögern im Blick auf die Durchsetzung und Weiterentwicklung der Menschenrechte überwunden und sich damit den Fragen der Weltordnung aktiv zugewandt.

Die ökumenische Bewegung hat seit den 70er Jahren mit intensiver Beteiligung der reformatorischen Kirchen versucht, sich den Herausforderungen der Gestaltung einer neuen Weltordnung zu stellen. Die Kirchen haben sich intensiv beteiligt an der Diskussion über eine neue internationale Wirtschaftsordnung und haben entschieden Stellung bezogen gegen die atomare Abschreckungspolitik und für eine konsequente Abrüstung. Der ÖRK und die Konferenz Europäischer Kirchen haben sich für die Verwirklichung des Helsinkiprozesses für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingesetzt und das Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“ zur Grundlage ihrer Überlegungen zur Friedenssicherung gemacht. Vor allem hat der ÖRK sich bei mancherlei Kritik im Einzelnen immer entschieden für die Stärkung der Vereinten Nationen als Garant für eine neue Weltordnung eingesetzt. Der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung hat Christen und Christinnen, gerade in den reformatorischen Kirchen, für die Herausforderungen der neuen Weltordnung sensibilisiert und zu zivilgesellschaftlichem Engagement mobilisiert. Inzwischen ist die ökumenische Bewegung in einer Kooperation zwischen dem Ökumenischen Rat der Kirchen sowie dem Lutherischen und dem Reformierten Weltbund in einem Programm unter dem Motto „Wirtschaften für das Leben“ engagiert, das sich kritisch mit den Folgen des Prozesses der wirtschaftlichen Globalisierung auseinandersetzt. Darüber hinaus hat der ÖRK die Periode von 2001 bis 2010 als ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt erklärt und sucht die Kirchen einzubeziehen in eine fundamentale Diskussion über den Auftrag der Kirchen für Frieden und Versöhnung zu arbeiten. In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Diskussion über Religion und Gewalt einen neuen Stellenwert.

Es zeigt sich freilich auch, dass es auf die Frage, was in dieser neuen Weltsituation der Auftrag der christlichen Kirchen ist, sehr unterschiedliche Antworten gibt. Das wurde z.B. deutlich im Zusammenhang der blutigen Auseinandersetzungen im früheren Jugoslawien oder in Ruanda: unter welchen Bedingungen kann, oder muss vielleicht sogar, ein militärisches Eingreifen von Seiten der internationalen Gemeinschaft zum Schutz der bedrohten Zivilbevölkerung und ihrer Menschenrechte gerechtfertigt werden? Der ÖRK hat sich mit dieser Problematik in einer grundsätzlichen Stellungnahme auseinandergesetzt, in der die Komplexität des Problems deutlich wurde. Im Umfeld der reformatorischen Kirchen in Europa gab es manche kritische Stimmen, denen diese Stellungnahme zu zurückhaltend und nicht eindeutig genug war. Sie sahen, und sehen wohl weiterhin, den ÖRK zu stark belastet oder gar gelähmt durch die Notwendigkeit, auf konservative Positionen insbesondere seiner orthodoxen Mitgliedskirchen Rücksicht zu nehmen.

So wurde neuerdings von manchen die Forderung nach einer klareren Profilierung der reformatorischen Kirchen und ihres Auftrages in der neuen Weltsituation erhoben. Hin und wieder wurde das mit dem Vorschlag verbunden, die reformatorischen Kirchen sollten sich auch organisatorisch zusammenschließen, um ihrer Stimme größeres Gewicht zu geben. Darin mag z.T. eine Reaktion auf

Initiativen der Römisch-Katholischen Kirche zu sehen sein, die mit großer Selbstverständlichkeit auf der globalen Ebene agiert. In der öffentlichen Wahrnehmung scheint sie für viele die christliche Stimme in den Diskussionen um eine neue Weltordnung zu vertreten. Die zunehmende Ausrichtung auch des interreligiösen Dialogs auf globale Themen und Probleme hat für alle beteiligten Partner zu Folge, dass sie unter einem wachsenden Druck stehen, ihr je eigenes Profil zu schärfen.

Die reformatorischen Kirchen sind jedoch für diese Herausforderung nur schlecht gerüstet. Zwar hat ihre Beteiligung an der ökumenischen Bewegung ihre traditionelle Vereinzelung aufgebrochen. Aber noch immer sind sie ihre Verfassung und ihrer geistigen Ausrichtung nach in erster Linie Nationalkirchen, die auf ihre Autonomie bedacht sind. Die Entstehung des reformatorischen Kirchenmodells war, im Unterschied zur römisch-katholischen, wie auch zur orthodoxen und zur anglikanischen Tradition, eng verbunden mit dem Aufkommen der Nationalstaaten und der bürgerlichen Kultur. Die sich anbahnende neue Weltordnung hat einschneidende Konsequenzen für die Rolle und die Stellung der Nationalstaaten. Wenn es richtig ist, dass sich ein Wandel von der Staatenwelt zur Gesellschaftswelt vollzieht, der sich in der wachsenden Bedeutung von Organisationen und Netzwerken der Zivilgesellschaft ausdrückt, dann wird sich dies auch auf den Ort und das Selbstverständnis gerade der reformatorischen Kirchen auswirken. Sie werden lernen müssen, ihren Auftrag weniger im Gegenüber zum Staat als Teil der öffentlichen Ordnung wahrzunehmen, sondern als ein besonderer und gewichtiger Teil der Zivilgesellschaft, in der sie eine Stimme unter anderen verkörpern. Dieser Wandel in Verständnis und Wahrnehmung ihrer öffentlichen Verantwortung ist im Gang, aber noch keineswegs ins allgemeine Bewusstsein eingedrungen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde diese Herausforderung unter der provozierenden These vom „Ende des Konstantinschen Zeitalters“ lebhaft diskutiert. Dann folgte freilich eine Phase der Restauration, die nun endgültig zu Ende geht.

### III

Viele diese Beobachtungen lassen sich verdeutlichen durch einen Blick auf die Reaktionen der reformatorischen Kirchen in Europa auf den europäischen Einigungsprozess. Verfolgt man diese Entwicklung anhand der Erklärungen und Berichte der verschiedenen Konferenzen reformatorischer Kirchen in den letzten 30 Jahren, so fällt auf, wie schwer es den reformatorischen Kirchen in Europa zunächst fiel, die Veränderungen im europäischen Kontext wahrzunehmen. Sie waren nach wie vor stark in der nationalkirchlichen Perspektive befangen und daher nicht wirklich zur selbstkritischen Analyse ihrer Rolle in der gegenwärtigen Situation in der Lage. Aber eine Verständigung über den veränderten Kontext ist erforderlich, um in neuer Weise Zeugnis ablegen zu können für die befreiende Botschaft des Evangeliums.

Der entscheidende Anstoß zu einer Neubesinnung auf den reformatorischen Auftrag kam einerseits von der Ersten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel 1989 und vor allem durch den Umbruch in Osteuropa. Auch die intensive Diskussion in der Römisch-Katholischen Kirche über eine Neu-Evangelisierung Europas wirkte sich aus. Zwei Jahre später nahm eine reformatorische Kirchenführerkonferenz in Basel die neuen Herausforderungen für Zeugnis und Dienst der Kirchen auf und im Jahr darauf versuchte die „Europäische Evangelische Versammlung“ in Budapest erstmals eine kohärente Analyse des europäischen Kontextes aus reformatorischer

Perspektive. Das Vorbereitungsdokument für die Konferenz ist deutlich geprägt von dem Bewusstsein, dass die Herausforderungen der europäischen Situation nur im Kontext der „globalen Krise“ zureichend verstanden werden können.

Betrachtet man die Texte dieser beiden Konferenzen unter der Frage, wie sie den reformatorischen Auftrag in der gegenwärtigen Situation Europas und der Welt bestimmen, dann fällt auf, dass es zwei unterschiedliche Akzentsetzungen gibt. Der eine und mehrheitlich vertretene Ansatz sucht, ausgehend von der Rechtfertigungsbotschaft als Botschaft von der freien Gnade Gottes, den spezifischen Auftrag der reformatorischen Kirchen als das Zeugnis von der „evangelischen Freiheit“ zu verstehen. Die zentralen Kriterien der reformatorischen Tradition, d.h. sola gratia, sola fide, sola scriptura, werden hier interpretiert als Impulse zur Befreiung der Welt im Sinne der Entsakralisierung, der Durchsetzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit und der Kraft des freien Wortes und das heißt auch der Freiheit der Meinungsäußerung interpretiert. Hier kommt deutlich das klassische Profil des bürgerlichen Protestantismus zum Ausdruck

Nun hatte schon in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts Paul Tillich sich kritisch auseinandergesetzt mit der Frage nach der Zukunft des Protestantismus. Er unterschied dabei das protestantische Prinzip von seiner jeweiligen geschichtlichen Gestalt. Das protestantische Prinzip sah auch er verankert in der Botschaft von der Rechtfertigung des Menschen allein durch die Gnade Gottes. Aber für Tillich äußert sich das protestantische Prinzip vor allem als prophetischer Protest gegen jedes System, jede Macht, jede Struktur, die einen absoluten Wert beanspruchen und sich damit an die Stelle Gottes setzen. Aus dieser Perspektive kommt Tillich zu einer kritischen Einschätzung der Gestalt der protestantischen Kirchen, gerade in ihrer Identifikation mit der westlichen, bürgerlichen Gesellschaft, und sieht das mögliche Ende der „protestantischen Ära“ kommen. Das bedeutet für ihn nicht notwendig das Ende des Protestantismus, wohl aber den möglichen Übergang zu einer neuen Gestalt des Christentums. Zu ähnlichen Überlegungen war, auf anderem Hintergrund, Dietrich Bonhoeffer in seinen Gefängnisbriefen gelangt.

So erstaunt es nicht, dass bei der Versammlung in Budapest deutliche Kritik laut wurde an dem Lob des „homo protestantus“. Sie gründete in einem Verständnis der Rechtfertigungsbotschaft, bei dem nicht die Freiheit sondern die Gerechtigkeit des Reiches Gottes zum zentralen Inhalt reformatorischen Zeugnisses und damit auch zum Maßstab der heute notwendigen Erneuerung wird. Die reformatorische Dialektik des simul justus – simul peccator führt dann zum einem Ruf zur kritischen Selbstbesinnung und zur Umkehr der Kirchen in Europa. Denn: Freiheit und Gerechtigkeit sind im biblischen Verständnis keine Zustände oder gesellschaftlichen Errungenschaften, sondern Einweisungen in den Weg der Nachfolge. Freiheit und Gerechtigkeit werden daher verstanden als zusammen gehörende evangelische Merkmale und Forderungen an kirchliche Gemeinschaft. Aber die Akzente können unterschiedlich gesetzt werden, was sich auswirkt auf das Verständnis des reformatorischen Auftrages.

Diese innere Spannung in der Bestimmung des reformatorischen Zeugnisses zeigt sich auch in neueren Stellungnahmen der beiden konfessionellen Weltbünde zu den Herausforderungen der Globalisierung und den Fragen der Weltordnung. Beide Vollversammlungen gingen ausführlich auf diese Probleme ein, aber in sehr unterschiedlicher Weise. Die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in

Winnipeg (2003) legte mit dem Thema „Für die Heilung der Welt“ und in Fortführung des intensiven Gesprächs über das Verständnis der *communio* der lutherischen Kirchen den Schwerpunkt auf die Heilung und Stärkung der menschlichen Gemeinschaft und die Verwandlung der Globalisierung. Die theologische Grundlage hierfür bot eine aktualisierte Auslegung der Rechtfertigungsbotschaft als Quelle von Heilung und Gemeinschaft. Die Vollversammlung des Reformierten Weltbundes, die in diesem Sommer in Accra unter dem Thema: „Die Ketten der Ungerechtigkeit zerbrechen“ stattfand, nahm nach intensiver Beratung eine Erklärung an, in der sie die Mitgliedskirchen zu einem „Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit“ einlud. Die Erklärung geht von einer Bestimmung der Zeichen der Zeit aus und formuliert dann ein Bekenntnis des Glaubens im Angesicht von wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung. Dieses Bekenntnis enthält eine klare Absage an die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung und die sie tragende neoliberale Ideologie.

Die Botschaften und Erklärungen beider Vollversammlungen verstehen sich als Auslegung des reformatorischen Auftrags, angesichts der drängenden Probleme einer neuen Weltordnung Zeugnis abzulegen für das Evangelium als heilende und befreiende Kraft Gottes. Aber während im einen Fall der Schwerpunkt auf der heilenden und verwandelnden Kraft des Evangeliums liegt und damit der Auftrag der Kirche vor allem im „priesterlichen“ Dienst gesehen wird, tritt im anderen Fall die kritische, zu Buße und Umkehr rufende Wirkung des Evangeliums in den Vordergrund und der Auftrag der Kirche erscheint vor allem als „prophetisches“ Zeugnis und Bekenntnis. Beides sind legitime Auslegungen der Botschaft des Evangeliums; beide wurzeln im Zeugnis von Jesus Christus und können sich verstehen als Interpretationen der Rechtfertigungsbotschaft. Sie können und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern stellen zwei, in ihrer Spannung dennoch zusammen gehörende Dimensionen des Auftrags der reformatorischen Kirchen dar. Aber sie haben in der geschichtlichen Entwicklung zu unterschiedlichen Profilen des reformatorischen Zeugnisses geführt, die sich bis heute durchgehalten haben.

Für die uns hier beschäftigende Frage nach dem Auftrag der reformatorischen Kirchen in einer neuen Weltordnung heißt das, dass wir beide Dimensionen, die stärker lutherisch und die stärker reformiert bestimmte, in unsere Überlegungen einbeziehen müssen. Keine der beiden darf gegen die andere ausgespielt werden. Vielmehr gilt für jeden Versuch, den reformatorischen Auftrag heute zu bestimmen, die apostolische Mahnung zur Unterscheidung der Geister und damit zur geistlichen Deutung dessen, was an der Zeit ist. Es gibt eine Zeit für den Dienst der Heilung und für das Amt der Versöhnung, das die von Gewalt, Diskriminierung und Armut Ausgegrenzten aufrichtet und den Raum für eine lebensfähige Gemeinschaft eröffnet. Und es gibt eine Zeit für die prophetische Kritik und den Widerstand gegen die Mächte und Gewalten, welche den Haushalt des Lebens zerstören. Die Auseinandersetzungen unter den reformatorischen Kirchen in Südafrika, wie sie sich seinerzeit im Kairos-Dokument niedergeschlagen haben, aber auch die gegenwärtigen leidenschaftlichen Kontroversen zwischen den reformatorischen Kirchen in den USA und ihren evangelikalen Partnern über die Antwort auf die Bedrohung durch den Terrorismus machen deutlich, wie riskant die Aufgabe der Unterscheidung der Geister ist. Hier geht es nicht mehr nur und in erster Linie um Unterschiede der politischen Analyse und Einstellung, sondern um eine zutiefst geistliche Herausforderung.

#### IV

Der Aufbau einer neuen Weltordnung ist daher nicht nur eine Frage von Strukturen, völkerrechtlichen Vereinbarungen und der Entwicklung von demokratischen Verfahrensweisen, die eine Kontrolle der Ausübung von politischer und wirtschaftlicher Macht gewährleisten. Es geht zentral um die Frage, von welchen Zielen und Wertsetzungen eine solche Ordnung sich leiten lassen soll. Die prophetische Kritik, die in der Erklärung des Reformierten Weltbundes zum Ausdruck kommt, versucht, die grundlegenden Annahmen und Werte aufzudecken, die den Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung und der Ausbeutung der natürlichen Mitwelt vorantreiben. Die neoliberale Ideologie als legitimierender Begründungsrahmen dieses Prozesses versteht sich als Anwalt der Freiheit des Individuums, der Freiheit zu ungehindertem Wettbewerb, zum ständig wachsenden Konsum und Verbrauch der natürlichen Ressourcen und zur Steigerung von persönlichem Reichtum und Wohlstand. Sie zielt darauf, die soziale Verpflichtung des Eigentums und die Regelungen zum Schutz der Armen und Schwachen abzubauen, und stellt das Privatinteresse über die Sorge für das Gemeinwohl.

Dies ist jedoch nicht die Freiheit, zu der das Evangelium Menschen befreit. Hier sind die reformatorischen Kirchen zur Unterscheidung der Geister aufgerufen. Das Freiheitspathos, das die gegenwärtige internationale Diskussion in Wirtschaft und Politik beherrscht, ist getragen von einem verengten Verständnis des im Evangelium gründenden Wertes der Freiheit, die niemals von der Verpflichtung gegenüber der menschlichen Gemeinschaft abgelöst werden kann und darf. Freiheit und Gerechtigkeit im Sinne des Eintretens für lebensförderliche Beziehungen in der menschlichen Gemeinschaft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Rede von der „kommunikativen“ oder „kooperativen“ Freiheit (W. Huber) ist der Versuch, das reformatorische Verständnis der Freiheit kritisch ins Spiel zu bringen in den Diskussionen um die Neuordnung der Gesellschaft. Es gehört daher zentral zum reformatorischen Auftrag in einer neuen Weltordnung, für die unlösbare Zusammengehörigkeit von Freiheit und Gerechtigkeit, von individuellen Rechten und der Verpflichtung auf das Gemeinwohl einzutreten und diese Wertentscheidung offensiv in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Die in der neoliberalen Ideologie gründende Konzeption von wirtschaftlicher Globalisierung tritt mit dem Anspruch auf, dass die politische und gesellschaftliche Ordnung auf nationaler wie internationaler Ebene sich ihrer Dynamik anzupassen habe und dass es zu dieser Entwicklung keine Alternative gebe. Die neue Weltordnung bildet sich nach dieser Vorstellung letztlich von selbst heraus als Ergebnis des freien Spiels der Marktkräfte. Die zivilgesellschaftliche Kritik dieser Konzeption und ihrer weitreichenden Folgen hat sich unter der Losung: „Eine andere Welt ist möglich“ im Weltsozialforum formiert. Die reformatorischen Kirchen haben allen Grund, sich an dieser Suche nach einer alternativen Form von Globalisierung zu beteiligen, nicht so sehr als Akt des politischen Protestes oder Widerstandes, sondern weil ihr Auftrag sie auf die Werte des Reiches Gottes verpflichtet und ihnen damit eine Zielperspektive vorgibt, die über alle sich selbst legitimierenden wirtschaftlichen oder politischen Systeme und Ordnungsvorstellungen hinausreicht. Eine andere Welt ist möglich, weil Gott die Welt und die Schöpfung nicht sich selbst überlassen hat, weil der Geist Gottes gegen die Kräfte des Todes und der Zerstörung ständig neues Leben schafft. Die reformatorische Unterscheidung zwischen dem was

Gottes Sache und was Auftrag der Menschen ist, nötig die Kirchen zur selbstkritischen Mahnung, die Verwirklichung des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit nicht zu einem gesellschaftlichen oder politischen Projekt zu machen. Aber die Perspektive des Reiches Gottes, das „nicht Essen und Trinken, sondern Gerechtigkeit und Friede und Freude in dem heiligen Geist“ ist (Röm. 14,17), erschließt den Kirchen einen alternativen Zugang zur Frage der Werte, von denen eine neue Weltordnung geleitet werden sollte.

Gerechtigkeit und Friede, und d.h. konkret: die Überwindung absoluter Armut und die Überwindung von Gewalt, sind die beiden zentralen Werte, an denen eine neue Weltordnung ausgerichtet werden muss. Die Millenniums-Entwicklungsziele, auf die eingangs hingewiesen wurde, sind der ersten Aufgabe, d.h. der Verwirklichung elementarer Gerechtigkeit verpflichtet. Sie stellen bereits eine Übersetzung von grundlegenden ethischen Leitlinien in konkrete Kriterien und Schritte für politische und wirtschaftliche Entscheidungen dar. Im Sinne des zuvor Gesagten sollte es als integraler Bestandteil des reformatorischen Auftrags verstanden werden, dass die Kirchen sich mit Nachdruck für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen, auch und gerade, wo dies zu schmerzlichen Veränderungen und Einschränkungen im Lebenszuschnitt ihrer eigenen Mitglieder führt.

Ich habe freilich bereits zu Anfang darauf hingewiesen, dass die Bemühungen zur Verwirklichung dieser Ziele seit dem 11. September 2001 überlagert worden sind durch die vorrangige Sorge um Sicherheit angesichts der Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus. Schon einmal, d.h. zur Zeit der Nachrüstungsdebatte Anfang der 80er Jahre, bestand die Gefahr einer einseitigen Konzentration auf die Probleme von Frieden und Sicherheit auf Kosten der Verwirklichung von wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver (1983) hatte damals in einer grundlegenden Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit daran erinnert, dass es nach biblischem Verständnis keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben könne: „Die Völker der Erde brauchen Frieden und Gerechtigkeit. Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg. Frieden kann nicht auf ungerechten Strukturen aufgebaut werden. Frieden setzt eine neue Weltordnung voraus, die begründet ist auf Gerechtigkeit für alle und in allen Völkern und auf Respekt für die gottgegebene Menschlichkeit und Würde jedes einzelnen. Frieden, sagt und der Prophet Jesaja, ist die Frucht der Gerechtigkeit“ (Bericht aus Vancouver 1983, 161). Die Vollversammlung warnte ebenfalls vor dem Missbrauch der Doktrin der nationalen Sicherheit zur Rechtfertigung von Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen, Intervention in anderen Staaten und ständig wachsender Rüstungsanstrengungen. Sie stellte dagegen das Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“ und erweiterte es im Sinne der „menschlichen Sicherheit“. „Wahre Sicherheit für die Bevölkerung erfordert die Respektierung der Menschenrechte einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung sowie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle Menschen innerhalb eines jeden Staates sowie politische Rahmenbedingungen, die das gewährleisten“ (a.a.O. 163).

Diese Aussagen sind nach wie vor gültig, auch wenn sich die Weltsituation in den zwanzig Jahren seither grundlegend verändert hat. Sie wurden aufgenommen im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, der gerade in den reformatorischen Kirchen ein starkes Echo hatte. Sie können uns daher als Maßstab dienen bei der Aufgabe der Unterscheidung der Geister angesichts der von der Regierung der USA forcierten Tendenz, die Frage der

Sicherheit zum obersten Ziel der Weltordnung zu machen und auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus vor allem durch eine Verstärkung militärischer Kapazitäten zur Intervention zu reagieren. Damit werden die Ansätze zu einer neuen Weltordnung, wie sie nach dem 2. Weltkrieg entwickelt worden sind, ausgehöhlt.

Wiederum geht es für die reformatorischen Kirchen nicht allein oder in erster Linie um eine politische Auseinandersetzung, sondern im tiefsten Sinn um eine geistliche Herausforderung. Wie gehen wir um mit der Tatsache, dass mit zunehmender Globalisierung aller Lebensbereiche unser Leben immer verwundbarer wird, sodass es wirkliche Sicherheit im privaten wie im öffentlichen, im nationalen wie im internationalen Umfeld immer weniger gibt. Natürlich ist das Verlangen nach Sicherheit ein menschliches Grundbedürfnis. Wir versuchen uns abzusichern und zu schützen gegen bekannte und einigermaßen berechenbare Bedrohungen und Risiken. Aber die traditionellen Schutzmechanismen greifen immer weniger in einer Situation offener Grenzen und anonymer, unberechenbarer Bedrohungen.

Die Vereinigten Staaten lebten bis zum 11. September 2001 in dem Glauben, sie seien letztlich unverwundbar. Die Anschläge in New York und Washington haben dieses Vertrauen erschüttert. Damit sind die USA zum ersten Mal in ihrer Geschichte einer Erfahrung ausgesetzt, die für die meisten Länder und Völker, besonders in der südlichen Hemisphäre zu einem entscheidenden Faktor ihrer Erfahrung der gegenwärtigen Weltordnung geworden ist: sie leben in kaum überwindbarer Abhängigkeit und Unsicherheit, politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich wie auch im Alltagsleben. Sie sind angewiesen auf gegenseitige Solidarität, die im Miteinanderteilen von Unsicherheit und Verwundbarkeit immer neue Wege eröffnet, um mit unberechenbaren Bedrohungen zu leben. So kann sich ein neues Verständnis von Sicherheit entwickeln durch die Annahme der eigenen Verwundbarkeit. Sicherheit gründet in Kooperation, welche die legitimen Sicherheitsbedürfnisse der anderen anerkennt und berücksichtigt.

Die Regierung der USA hat sich dieser Erfahrung und der darin liegenden Chance für ein neues Verständnis von Sicherheit leider bislang verschlossen. Sie hat stattdessen den Terrorismus zum neuen Feindbild stilisiert und darauf mit einer Kriegserklärung geantwortet. Sie sieht sich – und die zivilisierte Welt – herausgefordert zu einem Kampf gegen das Böse schlechthin, und glaubt legitimiert zu sein, sich auch über grundlegende Normen, welche die bisherige Weltordnung stützen, hinwegsetzen zu können. Kirchen aller Traditionen haben dieser Politik der Sicherheit eine klare Absage erteilt. Aber gleichzeitig wird die Politik der amerikanischen Regierung gestützt von einem breiten Bündnis von konservativ-evangelikalen und fundamentalistischen Gemeinschaften. Diese aus der reformatorischen und nach-reformatorischen Tradition stammenden Gemeinschaften verkörpern heute die stärkste geistliche Herausforderung an die reformatorischen Kirchen und ihr Verständnis des christlichen Auftrags für Gerechtigkeit und Frieden.

Reformatorische Theologie und Spiritualität haben sich geformt als Antwort auf das „Wort vom Kreuz“ (1.Kor. 1,18), d.h. die Botschaft des Evangeliums, dass Gott sich selbst in Christus verwundbar machte bis zum Tod am Kreuz, und gerade so den Weg der Versöhnung eröffnete. Die Einsicht in die Verwundbarkeit und Machtlosigkeit Gottes am Kreuz ist die geistliche Grundlage der Kritik einer Politik der Stärke, die Sicherheit durch überlegene Machtdemonstration zu gewährleisten sucht. Das Wort vom Kreuz ist eine Torheit in den Augen der Realpolitiker; für die an

Christus Glaubenden ist es nach biblischem Zeugnis eine Gotteskraft. „Was schwach ist vor der Welt, das hat Gott erwählt, damit er zuschanden mache, was stark ist; und das Geringe vor der Welt und das Verachtete hat Gott erwählt, das was nichts ist, damit er zunichte mache, was etwas ist, damit sich kein Mensch vor Gott rühme.“ (1. Kor. 1, 27-29) Reformatorischer Auftrag in einer neuen Weltordnung müsste es daher sein, die gefährlichen Illusionen der gegenwärtigen, vorrangig militärisch orientierten Sicherheitsvorstellungen aufzudecken und für ein Verständnis von Frieden und Sicherheit einzutreten, das nicht in erster Linie auf der Abwehr und Eliminierung potentieller Feinde beruht, sondern aus akzeptierter Verwundbarkeit und wechselseitiger Abhängigkeit die Kraft zur Überwindung von Feindschaft und Gewalt und zur Versöhnung gewinnt. Konkret heißt das, auf die Priorität ziviler Konfliktbearbeitung zu drängen und auf die militärische Sicherung humanitärer Hilfs- und Friedensdienste zu verzichten.

Daraus ergeben sich auch Konsequenzen für den Umgang mit der beunruhigenden und gefährlichen Verbindung von Religion und Politik in vielen der gegenwärtigen Konfliktsituationen. Die öffentliche Konzentration auf den militanten Islamismus, der zur Legitimation von terroristischer Gewalt dient, verdeckt die nicht minder gefährlichen Auswirkungen des christlichen Fundamentalismus, wie auch die zunehmende Tendenz, ethnische, kulturelle oder nationale Ansprüche religiös zu legitimieren. Gerade die reformatorischen Kirchen, die während langer Zeit in einer engen Identifikation von Kirche, Volk und Staat gelebt haben, sind an dieser Stelle nach wie vor anfällig für politische Strategien, die religiöse Loyalitäten für machtpolitische Zwecke zu instrumentalisieren suchen. Wenn es richtig ist, dass das „konstantinische Zeitalter“ definitiv an sein Ende gekommen ist, dann kann es nicht zum reformatorischen Auftrag gehören, eine angeblich christliche Kultur gegen Einflüsse anderer Traditionen zu verteidigen. Das reformatorische Zeugnis hat sein Zentrum im Evangelium und nicht in einer bestimmten kulturellen Gestalt. Die kritische Unterscheidung von Paul Tillich zwischen dem protestantischen Prinzip und protestantischer Gestaltung könnte hier neue Aktualität bekommen. Indem sich die reformatorischen Kirchen von ihrer traditionellen Staatsbindung lösen und sich als Teil der Zivilgesellschaft verstehen lernen, gewinnen sie eine neue Freiheit zum aktuellen Zeugnis für das Evangelium. Die Begegnung und der Dialog mit Menschen anderer religiöser Tradition ist dann gerade nicht eine Verleugnung des Missionsauftrages sondern vielmehr ein privilegierter Kontext für das lebendige Zeugnis. Für den Bau einer neuen Weltordnung wird es jedenfalls von entscheidender Bedeutung sein, ob die religiösen Gemeinschaften sich exklusiv und als potentielle Gegner gegenüberstellen und im Extremfall sogar die Anwendung von Gewalt legitimieren, oder ob sie bereit sind, gemeinsam für Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung zu arbeiten und so dem Leben aller Menschen zu dienen. Kein Nachdenken über den reformatorischen Auftrag heute darf sich dieser Herausforderung verschließen. Die Dekade zur Überwindung von Gewalt hat ein lebhaftes, interreligiöses Gespräch über Religion und Gewalt angeregt, an dem sich auch die reformatorischen Kirchen aktiv und selbstkritisch beteiligen sollten.

Es wird deutlich geworden sein, dass wir noch nicht wirklich von einer neuen Weltordnung sprechen können. Was sich zeigt, ist vielmehr das Ringen um die Grundlagen und Ziele einer solchen Ordnung. Die reformatorischen Kirchen haben guten Grund sich in diese Suche einzubringen, nicht um eigene Interessen und Positionen zu verteidigen, sondern um die Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gemeinschaft willen. Ihre Stimme bleibt unverwechselbar im Gespräch mit den

Partnern in der ökumenischen Bewegung, gerade wenn und sofern sie nicht der Verteidigung von bestimmten politischen Positionen dient, sondern sich den geistlichen und ethischen Herausforderungen einer neuen Weltordnung stellt. Ich hoffe es ist mir gelungen, hierzu einige Anstöße zu vermitteln.

Prof. Dr. Konrad Raiser  
Zikadenweg 14  
D-14055 Berlin  
[konrad.raiser@arcor.de](mailto:konrad.raiser@arcor.de)

Dr. Konrad Raiser

14055 Berlin, den 26.10.2004  
Zikadenweg 14

**Erwiderung auf Stellungnahmen zu meinem Vortrag beim Deutschen  
Pfarrertag am 28.10.04  
Thema: Reformatorischer Auftrag in einer neuen Weltordnung.**

Im Anschluss an meinen Vortrag vor dem Deutschen Pfarrertag habe ich eine größere Zahl von Zuschriften erhalten, die sich kritisch zu einer kurzem Bemerkung am Ende meines Vortrages über militanten Islamismus und christlichen Fundamentalismus äußern. Ich bin außer Stande, alle diese Zuschriften einzeln zu beantworten und bitte daher um Verständnis für diese zusammenfassende Erwiderung.

Die Absender kannten offensichtlich den Text meines Vortrags nicht, sondern reagierten auf Grund eines Berichtes im Nachrichtendienst von IDEA, der auch in anderen (Kirchen)Zeitungen aufgenommen worden ist. Der Bericht gibt ein einseitiges und daher missverständliches Bild meiner Äußerung.

Ich habe gegen Ende meines Vortrags vom reformatorischen Auftrag gesprochen, für Gerechtigkeit und Frieden einzutreten. Die gegenwärtige Konzentration auf den Kampf gegen den Terrorismus erfordert von den Kirchen einen Akt geistlicher Unterscheidung, besonders im Blick auf das Verständnis von Sicherheit.

Ich wies auf die Gefahren hin, die von einer zu engen Verbindung von Religion und Politik in den gegenwärtigen Konfliktsituationen ausgehen. Dies gilt nicht nur für den militanten Islamismus, sondern auch für die von konservativ-evangelikalen und fundamentalistischen Gruppen in den Vereinigten Staaten propagierte Rechtfertigung der Politik der gegenwärtigen amerikanischen Regierung mit religiösen Argumenten. Nach meiner Überzeugung verkörpern diese aus der reformatorischen und nach-reformatorischen Tradition stammenden Gemeinschaften heute die stärkste geistliche Herausforderung für die reformatorischen Kirchen und ihr Verständnis von Gerechtigkeit und Frieden.

In diesem Zusammenhang formulierte in den Satz: „Die öffentliche Konzentration auf den militanten Islamismus, der zur Legitimation von terroristischer Gewalt dient, verdeckt die nicht minder gefährlichen Auswirkungen des christlichen Fundamentalismus, wie auch die zunehmende Tendenz, ethnische, kulturelle oder nationale Ansprüche religiös zu legitimieren.“

Am Ende des Abschnittes fügte ich hinzu: „Für den Bau einer neuen Weltordnung wird es jedenfalls von entscheidender Bedeutung sein, ob die religiösen Gemeinschaften sich exklusiv als potentielle Gegner gegenüberstellen und im Extremfall sogar die Anwendung von Gewalt legitimieren, oder ob sie bereit sind, gemeinsam für Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung zu arbeiten und so dem Leben aller Menschen zu dienen. Kein Nachdenken über den reformatorischen Auftrag heute darf sich dieser Herausforderung entziehen. Die [ökumenische] Dekade zur Überwindung von Gewalt hat ein lebhaftes, interreligiöses Gespräch über Religion und Gewalt angeregt, an dem sich auch reformatorischen Kirchen aktiv und selbstkritisch beteiligen sollten.“

Aus dieser zusammenfassenden Wiedergabe meiner Ausführungen geht hervor, dass ich weder eine einfache Parallelisierung oder gar Gleichsetzung von militantem Islamismus und christlichem Fundamentalismus vornehmen wollte, noch dass ich mit Fundamentalismus „offensichtlich“ alle evangelikalen oder charismatischen Gemeinschaften und ihre Mitglieder meinte, wie mir in vielen der Stellungnahmen vorgeworfen wurde. Der „Fundamentalismus“ ist eine sehr spezifische Ausprägung der evangelikalen und pfingstlichen Tradition, wie er sich vor allem in den USA findet. Mein Hauptinteresse galt jedoch nicht dem Fundamentalismus, sondern jeder Form der Verbindung von Religion und Politik, vor allem im Blick auf die religiöse Legitimation von Feindschaft und Gewalt gegenüber Angehörigen anderer Traditionen.

Eine Verletzung der religiösen Gefühle von Christen evangelikaler oder charismatischer Orientierung lag mir völlig fern. Wenn sie durch den Bericht in IDEA hervorgerufen worden sein sollte, kann ich hierfür keine Verantwortung übernehmen. Dennoch bedaure ich diese Wirkung meines Vortrags und hoffe, dass diese Erwiderung zur Klärung und Verständigung beiträgt.

Konrad Raiser